

REDE DES PARLAMENTSPRÄSIDENTEN KARL-HEINZ LAMBERTZ BEI DER PLENARSITZUNG VOM 25. APRIL 2016 ZUR EINLEITUNG EINER GEDENKMINUTE ANLÄSSLICH DER TERRORAKTE IN BRÜSSEL

HERR LAMBERTZ, Präsident: Werte Kolleginnen und Kollegen, zum nunmehr schon dritten Mal seit Anfang der laufenden Legislaturperiode habe ich die traurige Pflicht, zu Beginn einer Plenarsitzung zu einer Gedenkminute für die Opfer des Terrors aufzurufen.

Im Januar 2015 gedachten wir der Opfer der Anschläge auf Charlie Hebdo und den jüdischen Supermarkt in Paris und im November letzten Jahres der Toten, Verletzten und Angehörigen der zahlreichen Opfer der Attentate in Paris.

Vor einem Monat und 3 Tagen, genau einen Tag nach unserer letzten Plenarsitzung, hat es nun auch in unserem Land Terroropfer gegeben. Ich persönlich fühle mich bei dem Gedanken an das, was geschehen ist, stark an den Anschlag auf das jüdische Museum im Mai 2014 erinnert, der an einem Ort verübt wurde, an dem ich mich genau wie andere hiesige Verantwortliche vor einigen Jahren fast wöchentlich aufhielt: Da, wo der Schütze auf den Videos mit seiner Kalaschnikow zu erkennen war, befand sich einst der Eingang zur Vertretung der DG. Und dann wurden genau dort Menschen kaltblütig erschossen! Das hat in mir damals einen Schalter umgelegt und ich bin sicher, dass viele unserer Landsleute und auch viele unter den heute hier Anwesenden spätestens am 22. März dasselbe Erlebnis hatten. An jenem Tag starben an den Schaltern des Brüsseler Flughafens und in der Metrostation Maelbeek 35 Menschen und 300 wurden verletzt, von denen einige immer noch in Lebensgefahr schweben. Ihnen sowie Ihren Angehörigen und Freunden gilt unser ganz besonderes Mitgefühl. Der Flughafen Zaventem und die Metrostation Maelbeek sind Orte, an denen jeder von uns schon gewesen ist – einige sogar sehr regelmäßig – und an denen wir uns in Zukunft immer wieder befinden werden!

Nun ist es auch in Belgien endgültig vorbei mit der Einstellung: „Das geschieht nur anderen anderswo!“ Selbst in der so geschützt wirkenden DG müssen wir uns der Tatsache bewusst sein, dass die Terrorbedrohung überall ein ständiger Fakt ist. Wir werden lernen müssen, mit dieser Tatsache zu leben, denn wir sind nicht in der Lage, sie gänzlich zu verhindern. Das heißt jedoch nicht, dass nichts Sinnvolles getan werden kann. Es muss sogar vieles geschehen. Zu allererst muss bei der Sicherheit angefangen werden:

Wenn es um die Verbesserung des Informationsflusses zwischen Sicherheitsdiensten und Polizeinstanzen sowie zahlreichen weiteren relevanten Ebenen geht, dann sind zunächst der belgische Staat sowie teilweise auch die Gliedstaaten und die Gemeinden gefordert. Hier sollte auch vor einer Rationalisierung und Umstrukturierung bestehender Strukturen nicht zurückgeschreckt werden, wenn diese sich als unfähig erweisen, die nötige Sicherheit der Bürger zu gewährleisten – denn das ist die unumstößliche und absolut prioritäre Pflicht des Staates!

Es obliegt dem Untersuchungsausschuss der Kammer, die Begleitumstände der Terrorattentate minutiös aufzuarbeiten und deutliche Schlussfolgerungen zur Behebung der festgestellten Mängel und Unzulänglichkeiten zu formulieren.

Dennoch kann und wird ein 0-Risiko niemals bestehen. Es wird immer Radikale geben, die ihren Überzeugungen oder ihrem puren Hass durch Gewalt Ausdruck verleihen. Hier kann und muss der Staat sowohl repressiv als auch präventiv handeln, denn auch Radikale fallen nicht einfach vom Himmel sondern werden – zumindest teilweise – von den sie umgebenden Umständen „geschaffen“. Diese Erkenntnis darf auf keinen Fall verhindern, dass terroristische Straftaten und Verbrechen auf das schärfste verurteilt und bestraft werden. Sie sind und bleiben unentschuldigbar. Dennoch darf und muss man sich die Frage stellen, wie junge Menschen, die in zweiter oder dritter Generation in unserem Land leben, sich so perspektivlos oder an den Rand der Gesellschaft gedrückt fühlen können, dass sie zu derart

radikalen Terroristen werden, die unser Zusammenleben ohne jede Nuance zum feindlichen Weltbild erklären.

Hierbei geht es ganz grundsätzlich, um Wertevermittlung, Bildung und Erziehung – alleamt Aufgaben, für die die DG eine besondere Verantwortung trägt.

Aber nicht nur die öffentlichen Behörden stehen in der Pflicht, wenn es darum geht, zu verhindern, dass die Vision des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Samuel Huntington vom „Kampf der Kulturen“ zum gelebten Alltag in unseren Gesellschaften wird.

Hier ist zunächst jeder einzelne gefordert, nicht denselben Fehler wie die Radikalen zu machen und sich ein sehr bequemes – weil einfaches – schwarz-weiss-Weltbild zu schaffen, ganz nach dem Motto: „Alle Moslems sind schlecht!“ oder „Jeder zusätzliche Flüchtling wird unsere Gesellschaft ein Stück weiter zersetzen“. Wenn wir die rechtsradikalen und populistischen Ideen in Stammtischen oder auch auf politischer Ebene Überhand nehmen lassen, dann steuern wir immer mehr genau dorthin: in einen „Kampf der Kulturen“!

Durch Radikalisierung auf der einen wird immer mehr Radikalisierung auf der anderen Seite geschaffen! Diese Tatsache ist vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingskrise von äußerster Wichtigkeit!

Allzu schnell und allzu leicht kommt es zu verhängnisvollen Vermischungen und kollektiven Schuldzuweisungen. Die Schnittmenge zwischen Flüchtlingsaufnahme und Terroranschlägen ist äußerst gering und unendlich kleiner als die Schnittmenge zwischen den Fluchtursachen und der menschenverachtenden Gewalt, denen die Flüchtlinge in den Herkunftsländern ausgesetzt werden.

Das Gegenrezept gegen die eben erwähnte Frontenbildung ist vielseitig. Ich möchte an dieser Stelle kurz auf drei Aspekte eingehen:

1. Zunächst müssen wir alle den Mut haben, uns mit dem Andersseienden auseinander zu setzen und nicht nur die negativen Argumente anzuhören, bei denen man die bequeme Opferrolle einnimmt, die „den Anderen“ automatisch zum Gegnern macht.
2. Um diese Sichtweise zu überwinden und die Scheu vom Andersseienden abzubauen gibt es nur einen Weg: Ich muss ihm begegnen, denn nur dann werde ich mein Menschsein in ihm gespiegelt sehen und erkennen, dass das, was uns verbindet, viel grösser ist als das, was uns trennt!
3. Wenn das Zusammenleben der Kulturen funktionieren soll, brauchen wir noch eine weitere Zutat und zwar auf allen „Seiten“: Ehrliches, überzeugtes Engagement, das einer kraftvollen Zukunftsvision für die Werte entspringt, die man selber (vor)leben und gleichzeitig zum Wohl der Gesellschaft dem anderen mitgeben möchte.
4. Dieses Miteinander kann nur gelingen, wenn die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, von Spielregeln umrahmt wird, an die sich alle zu halten haben und zu denen der Respekt der UNO-Menschenrecht ebenso gehört, wie der bedingungslose Verzicht auf Gewalt und Terror.

Kolleginnen und Kollegen,

Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und der Opfer der Terroranschläge vom 22. März in einer Schweigeminute zu gedenken.

Ich danke Ihnen.